

Schreiben von Marinus van der Goes van Naters an Hendrik Oosterhuis (13. März 1950)

Legende: Am 13. März 1950 schreibt Marinus van der Goes van Naters, niederländischer Delegierter in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, einen Brief an Hendrik Oosterhuis, den Präsidenten des niederländischen Gewerkschaftsbundes, in dem er die kürzlich zwischen Frankreich und dem Saarland abgeschlossenen Abkommen und die Frage der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und des Saarlandes in den Europarat kommentiert.

Quelle: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. NVV-J.G. van Wouwe (1945-1973). Stukken betr. diverse landen. Knipsels, documentatie en brieven betr. het Saarland. 1950-1956., 192.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_marinus_van_der_goes_van_naters_an_hendrik_oosterhuis_13_marz_1950-de-ce57c09d-01ba-49dc-a28f-a7b45640489e.html



Publication date: 05/07/2016

Schreiben von Marinus van der Goes van Naters an H. Osterhuis (13. März 1950)

Lieber Freund,

wie wir am Samstag vereinbarten, möchte ich hiermit noch schriftlich auf die interessanten Reaktionen von Koos Vorrink auf die jüngsten Ereignisse in Deutschland zurückkommen.

Nun, ich vertrete die Meinung, dass wir in der Saarfrage deutlich unterscheiden müssen: Zum einen geht es um die neuesten wirtschaftlichen, politisch angehauchten Abkommen zwischen Frankreich und dem Saargebiet, zum anderen um die Aufnahme Deutschlands und des Saarlandes in den Europarat.

Die Abkommen Unsere Dokumentation weist hier eine Lücke auf, da uns die genauen Texte noch nicht vorliegen. Es wurde versichert, dass sie dem Friedensvertrag nicht vorgreifen. Ist dies auch in den Dokumenten erwähnt? Vorrink zieht dies in Zweifel. Gegebenenfalls müsste man dafür eine Bestätigung erlangen.

Sofern sich Frankreich hier deutliche Vorteile ausbedungen hat, hege ich keine Bedenken dagegen, dass Deutschland ein Opfer bringen muss, sondern dagegen, dass es dies nur Frankreich gegenüber bringt. Deutschland ist unser aller Schuldner, und in der deutschen öffentlichen Meinung vergisst man dies allzu leicht. Ob die „abgeschlossenen Abkommen mit dem Saarland die politische Ruhe und Zusammenarbeit in Europa und damit auch den Wiederaufbau der Wirtschaft gefährden“, kann ich nicht beurteilen. Ich bin jedoch der Ansicht, dass, wenn die Deutschen dies selbst so darstellen möchten, es nicht von vornherein als eine „europäische“ Sicht auf die Lage der Dinge angesehen werden kann.

Die Aufnahme in den Europarat Ich bin selber der Erste gewesen, der in der Parlamentarischen Versammlung die Aufnahme Deutschlands befürwortet hat. Deutschland kann momentan lediglich assoziiertes Mitglied sein. Es hat zwar bereits eine vollwertige Volksvertretung, aber infolge der Kapitulationsbedingungen noch keine vollwertige Regierung. Diese ist in auswärtigen Angelegenheiten nicht handlungsbefugt, so dass bislang kein deutscher Minister im Ministerkomitee vertreten sein kann. In die Parlamentarische Versammlung können jedoch deutsche Volksvertreter entsandt werden. Bei einem endgültigen oder vorläufigen Friedensvertrag (ich selbst habe einen vorläufigen Friedensvertrag mit der Rechtskraft eines endgültigen befürwortet) wird sich das natürlich ändern.

Die deutsche Regierung und die deutsche Volksvertretung haben keinerlei Befugnisse und keine Vertretungsvollmacht in Bezug auf das Saargebiet. Beim Zustandekommen des deutschen Grundgesetzes ist die nach der Kapitulation einseitig eingenommene Verhaltenslinie zweiseitig geworden. Die deutsche Regierung hat sich auf dem Petersberg hiermit einverstanden erklärt, weil dem wichtige Konzessionen gegenüberstanden, und der deutsche Bundestag hat diesem Abkommen zugestimmt. Es wäre bedauerlich und würde keineswegs von einer europäischen Sichtweise zeugen, wenn man sich bereits jetzt dem seit Hitler ersten internationalen Abkommen entziehen würde!

Das Abkommen beinhaltet auch, dass Deutschland auch in Straßburg die Saar nicht vertreten kann. Damit kein „weißer Fleck“ in Mitteleuropa bleibt, möchte man der Saar nun eine eigene kleine Vertretung geben. Alles vorläufig, und natürlich nur als assoziiertem Mitglied.

Persönlich halte ich diese Vertretung der Saar für ausgemachten Blödsinn. Sie hätte auch „unvertreten“ bleiben können. Aber Tatsache ist, dass Adenauer und Kollegen sie im Augenblick nicht vertreten können, da kein politischer Verkehr zwischen Adenauer und der Saar und keine staatsrechtlichen Beziehungen bestehen.

Nur: Es haben sich nicht nur das Ministerkomitee, sondern auch der Ständige Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung, darunter auch unser Parteigenosse Van der Kieft, für die Zulassung der Saar ausgesprochen.

Meiner Meinung nach wäre Deutschland gut beraten, selbst darauf hinzuweisen, dass es zurzeit nicht befugt

sei, über die Saar mitzubestimmen, so dass niemals irgendeine Entscheidung über die Saar oder irgendeine Handlung der Saar selbst gegen Deutschland ausgespielt werden kann. Ich würde es für richtig halten, wenn auch die „anderen“, also wir, dies in Straßburg zusammen mit den Deutschen feststellen würden. Dann wäre es doch ausgeschlossen, dass man irgendwann Deutschlands Gang nach Straßburg so interpretieren könnte, als hätte es ein für alle Mal auf das Saargebiet verzichtet.

Wenn den Deutschen eine solche Zusage gemacht würde, wäre das Beharren auf der Weigerung, nach Straßburg zu kommen, politische Erpressung (vor allem, wenn dann wieder die neuen Abkommen mit Frankreich vorgeschoben würden). Es ist ihre Sache, ob sie wütend sind auf Frankreich oder nicht. (Sie waren auch auf uns wütend.) In Straßburg sitzen jedoch nicht nur Frankreich, sondern zwölf europäische Länder. Wann bildet sich denn in Deutschland endlich auch nur der Anfang eines europäischen Gedankens heraus?

Dass Adenauer zwischen den Streitereien mit Frankreich hindurch sein „Angebot“ zu einer vollständigen politischen Union zurückgezogen hat, ist schlichtweg erschütternd. Wie die entsprechenden europäischen Reaktionen sind, geht aus der beigefügten, vorzüglichen Übersicht in der "Nieuwe Rotterdamsche Courant" (NRCT) am vergangenen Freitag hervor.

Bereits vor längerer Zeit bestimmte das COMISCO-Komitee, dass die Saarfrage nun dort erörtert werden solle. Hier werden nicht nur die französischen und deutschen Sozialdemokraten anwesend sein, sondern auch die aus dem Saargebiet. Die deutschen Sozialdemokraten haben nämlich in unserem internationalen Umfeld zwar die Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, dass sie das Saargebiet faktisch nicht vertreten können, haben jedoch keine Einwände dagegen erhoben, dass die saarländischen Sozialdemokraten als Beobachter zum COMISCO zugelassen werden. Ich hoffe, dass wir dort die SPD auch hinsichtlich des Beitritts zum Europarat zu einer Meinungsänderung bewegen können. Auf jeden Fall können wir ihnen die Angst nehmen, dass sie später irgendwann zur Rechenschaft gezogen werden, weil sie sich in dieser Übergangsphase mit politischen Vertretungen zufrieden gegeben haben.a

Mit freundlichen Grüßen

[Marinus van der Goes van Naters]